

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

1446

Abonnementpreis mit der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für den Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. und die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Ausland 3.25 — Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Jungferstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Jungferstraße 21. Telefon 1769. Verkaufsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserten werden die halbjährige Vergütung mit 20 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskongressen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 261.

Dresden, Dienstag den 10. November 1908.

19. Jahrg.

Eine neue Schlappe.

Widow sieht sich nunmehr genötigt, in der Angelegenheit der Defektur von Casablanca den vollständigen Bericht anzutreten. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt der Spitze ihrer letzten Nummer folgende offizielle Erklärung:

Durch den Staatssekretär v. Schoen war Ende Oktober dem Reichstag der Defektur von Casablanca eine ausführliche Darstellung der Vorgänge bei der Festnahme der Defektur in Casablanca übergeben und dabei die Bitte ausgesprochen worden, daß die deutsche Regierung auch eine französische Darstellung der Angelegenheit übermitteln möge. Am Samstag ist nunmehr dem Reichstag ein französischer Bericht in Gestalt eines Beschlusses des Kommissionsvorsitzenden v. Schoen zugewandt, in dem Bericht ergibt sich hinsichtlich der Vorgänge bei dem Festnehmen eine Reihe wesentlicher Abweichungen von dem deutschen Bericht. Die französischen Angaben gehen dahin, daß mit den Tätschlichkeiten von dem Kommissionsvorsitzenden v. Schoen begonnen worden sei, daß die Defektur gegenüber den französischen Marineoffizieren als seine Landknechte bezeichnet und ihren Charakter als Defektur ausdrücklich verneint habe. Auch wurde es nach dem französischen Bericht festgestellt, daß die französischen Soldaten schon im Beginn des Zusammenstoßes klar darüber gewesen seien, daß sie Angehörige des deutschen Konsulats vor sich hätten, nur sollen gegen den deutschen Beamten von französischer Seite Hauptverbrechen aufgeführt und Tätschlichkeiten festgehalten sein.

Die beiderseitigen Darstellungen des Zwischenfalls stimmen noch so wenig überein, daß der tatsächliche Vorgang weiterer Klärung bedarf durch erneute Erhebungen, sei es der beiderseitigen Behörden, sei es eines Schlichtergerichts.

Durch diese Erklärung begibt sich die deutsche Regierung auf einen Standpunkt, den die französische Regierung in dieser Angelegenheit von vornherein eingenommen hat. Wir müssen ja froh sein, daß endlich der Verdacht wiederkehrt und daß jener lächerliche Anlaß von Casablanca noch weiter zu unheilvoller Konfliktverbreitung ausgenutzt wird, wie es seit Wochen der Fall ist. Freilich, sagt Bedenken die Erklärung der Norddeutschen Allgemeine Zeitung eine neue schwere Niederlage der Berliner Diplomatie.

Wochenlang hat die Berliner Diplomatie an Frankreich die Forderungen gestellt, wie es sein Bedauern über die Vorgehen seiner Soldaten gegen den deutschen Konsulatsbeamten in Casablanca ausdrücken sollte. Die alldeutschen Hauptintentionen den Fall zu mahnmäßigen Forderungen gegen Frankreich auszuheben, wie jenseits kürzlich die wilden Todwünsche ausließen der einseitigen Presse. Jetzt aber muß man selbst zugestehen, daß Frankreich von Anfang an ein gutes Recht hatte, die Forderung abzulehnen. Die Haltung der französischen Regierung war durchaus korrekt und logisch. Sie konnte einen Anlaß gegen ihre Soldaten nicht ausfinden, die nicht festgestellt sind, daß sie die Soldaten unrecht gehandelt haben. Die französische Regierung wollte den ganzen Fall, nicht nur die Rechtsfrage, sondern auch die Feststellung der tatsächlichen Vorgänge, an das Schlichtergericht geben. Wochenlang kritisierte die deutsche Regierung andererseits und trübsinnig an der französischen Auffassung zum, so daß auch in Frankreich wiederum der Eindruck entstehen würde, als sei die Berliner Regierung gewillt, die Angelegenheit zu kippen und zum Konflikt zu treiben.

Nachdem in dieser Art wochenlang das Mißtrauen erzeugt ist, nachdem bereits wieder das Kriegsgespens in die Luft lag, sagt nun die Norddeutsche Allgemeine Zeitung die Lösung der Wiltonischen Postill an.

Diese schwere Schlappe hat nicht das Ausland und beibringt die Berliner Staatsmänner selbst haben sie sich und dem deutschen Volke zugefügt.

Und diese von Unfähigkeit aus allen Poren triefenden Leute streifen sich, sich als unentbehrlich für das Regierungsgeschäft anzugeben und hochmütig die „politisch minderbeschäftigte Klasse“ zu beschimpfen!

Der Reichstag hat das Wort!

Während wir diese Zeilen in Druck geben, beginnt der Reichstag seine Beratung über die Interpellationen zur Kaiser- und Kanzlerkrise. Die Erregung in den Reichstagskreisen ist groß und es wird vermutet, daß auch den Reihen der bürgerlichen Parteien recht scharfe Worte zu hören werden. Die Frage aber ist, ob hinter diesen Worten die Wille zur Tat steht. Dies aber ist sehr zu bezweifeln. Die Reichstagsparteien sind zu sehr in der Sorge um die Reichstagswahl, um sich als unentbehrlich für das Regierungsgeschäft anzugeben und hochmütig die „politisch minderbeschäftigte Klasse“ zu beschimpfen!

Es wird angenommen, daß die Debatte zwei Tage beanspruchen wird.

Die Berliner Zeitung entwirft folgendes Stimmungsbild: Während durch die Kunde eine schmerzliche Empörung bis in die fernsten Kreise sich geltend macht, sind aus den Reichstagskreisen bisher nur Nachrichten zu und Gerüchten, die auf die Wahrscheinlichkeit einer Verzögerung schließen lassen.

In den Wandlungen des Reichstags geht die Furcht um. Die Furcht vor dem deutschen Volk. Das Staatsministerium, das man zur Schau trägt, ist nur eine Maske. Jeder Reichstagsmann will als ein Diplomat erscheinen, wo er doch nur ein Schwächling ist.

In der Aufregung der ersten Stunde, da dachte man an Freigebe des Wahlrechts, dieses aus vollen Baden Born und scharte

seinem Abgeordneten den Mut. Aber als sie dann beieinander saßen, da kamen die Weisheit und die Überst in Schätzen zu Vorkommen.

Widow muß gehen, doch es zunächst. Doch wer kommt nach ihm? fragten die Angewandten. Das alte Spiel, durch das die Handwerker sich geschickt seit Jahren im Saal hält, jetzt wieder ein. Schon der alte Schönbom hat sich als Vertreter der Reaktionskolonne aufgestellt. Sicherlich mit größerem Recht als der frisch gekürte Pierre Hanler. Ist es denn überhaupt ein Glück, daß fortwährend gebremst wird, anstatt daß man die Reaktionskolonne fortlaufen läßt, daß jedermann sieht, wie gefährlich die Straße ist?

Dann wollte man eine Adresse an den Kaiser beschicken. Die Staatsmänner haben die Idee fallen lassen. Die Pressefunktionäre haben die Verwerfung des Einschlusses motiviert: „Man weiß ja nicht, wie der Kaiser mit seinem impulsiven Temperament die Sache auffassen wird!“ Ein solches Argument! Gegen dieses impulsive Temperament soll ja gerade Front gemacht werden. Doch er impulsive Handlungen des Kaisers nicht verhindern, soll Widow vor dem Parlament verantworten. Und diese tolle Parlament nimmt jetzt auf des Kaisers lächerliche Art furchtlos Rücksicht. Zurück, nicht! Lautstimmig. Die Herren rufen sich. In Erinnerung an frühere Vorgänge. Denn eine Adresse muß auch überreicht werden. Trauen im Lande, bei Wahlkampagnen, fern vom Saal, lassen sich leicht große Töne reden. Aber dem Kaiser das, was der Ernst der Stunde fordert, ins Gesicht zu sagen, das getrauen sich deutsche Politiker nicht.

Nach der Verfassung ist der Abgeordnete der Vertreter des gesamten Volkes. Heute haben die Abgeordneten einmal Gelegenheit, sich als Vertreter des gesamten Volkes zu gerieren. Denn ohne Unterschied der Partei nämlich die Bevölkerung, daß endlich einmal etwas Energisches geschieht. Von der äußeren Einteilung bis zur äußersten Rechten sind die Wähler eing in ihrem Entzogen, einzig in ihrer Empörung und einzig in ihrem Schmerz.

Die Reichstagsabgeordneten spielen heute um einen hohen Preis. Der Einsatz ist Deutschlands Ansehen in der Welt und das Ansehen des Reichstags in Deutschland. Dieser Preis wird den Herren vielleicht nicht imponieren. Aber sie müssen sich klar darüber sein, daß sie außerdem auch um ihre Mandate spielen. Das wird ihnen vielleicht wichtiger sein. Denn viele von ihnen brauchen das „R. d. R.“ auf ihrer Visitenkarte, da sie sonst ja doch nur die Bezeichnung „Reichstagsabgeordnete“ daraufsetzen könnten.

Einige Feststellungen.

Die Münchener Volkszeitung schreibt: „Die Offiziellen verdrängen ganz Eimer voll Rint, um nachzumerken, daß der Artikel des Daily Telegraph ein belangloses Intermezzo sei und die Schuld mit der Operation irgendeiner Reparaturarbeiten glänzend gelöst sei. Demgegenüber genügen folgende Feststellungen: 1. Ein Beamter, der englischen Verfassungen die im Daily Telegraph publizierten Staatsgeheimnisse verraten hätte, würde (schon auf Grund des Rint-Paragraphe) respektive aber noch wegen anderer Anklagen) zu mehrjähriger Freiheitsstrafe verurteilt worden sein. 2. Das Echo in der internationalen Presse hat bewiesen, daß es sich bei der Veröffentlichung wirklich um Staatsgeheimnisse erster Ordnung gehandelt hat. 3. Es ist nicht erhellend, ob die in der Presse genannten fünf Herren, fünf Widows, Friedrich v. Rüden-Dornich, v. Müller, Steudrich und Ostermeyer, das Ministerium vorher nicht gewarnt oder es absichtlich nicht gewarnt haben, oder durch einen Protest gegen die Veröffentlichung den Kaiser persönlich zu verurteilen. Das schämte ist, daß diese Beamte fünf verdächtige Instanzen durchlaufen und dann sagen konnte, ohne daß sie eine Hand regte, die Explosion zu verhindern. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Zustände im Kaiserreich ein „Berufsaufstand“ sind. Offenbar fehlt die rechte Kontrolle, dazu aber auch entweder die rechte Arbeitskraft oder der erforderliche Mut. — Gegen diese drei Feststellungen kann kein Offiziosus etwas einwenden. Die ungeheuer der angegriffenen Schäden ist, liegt ein Bild in die ausländische Presse, die überall verstanden, sofort wurde man der deutschen Regierung kein Vertrauen mehr schenken und ihr nichts mehr mitteilen, was die rechte Natur sei. Dazu erklart die Presse des unvorhersehen England, daß alle Verluste, ihr Herz zu rühren, gründlich schlagelagen seien. Ein größeres Risiko kann eine diplomatische Aktion — und um eine solche handelte es sich in Anbetracht der Wirkung des Materials durch das Ausland — nicht erleiden. Das deutsche Volk hat aber wieder einmal gesehen, wie recht der alte Cyprianer hatte, als er darauf hinwies, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert werde.“

Abreise an den Kaiser.

Berlin, 10. November. Wie das „Reich“ in der Lage ist mitzutellen, hat die Reichstagskommission des Reichstags folgenden Interpellationsantrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, eine Kommission von 21 Mitgliedern einzusetzen zur Vorbereitung des Entwurfs einer Adresse an den Kaiser, worin zu den Vorgängen des Entwurfs einer Adresse des Reichstags vom 10. November 1908 Bezug genommen werden soll. Stellung genommen wird. Der Reichstag wolle ferner beschließen, diese Adresse dem Kaiser durch eine Deputation überreichen zu lassen.

Berlin, 9. November. Der Ausschuss des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten wird am Donnerstag dieser Woche zusammentreten.

Reichstag und Sozialpolitik.

Witten in der furchtbarsten wirtschaftlichen Krise, der beispiellosen Arbeitslosigkeit, dem zunehmenden Elend, während alle Erwerbswege darniederliegen, viele Tausende von Arbeitern mit ihren Familien hungern und Millionen in Arbeitslosigkeit im Zeichen von Steuererhöhungen, welche den einzigen Zweck haben, den neuen Werte Hunderte von Millionen Mark jährlich aus dem Volke herauszupressen, neue unentrichtliche Lasten dem Volke aufzuerlegen, die Lebenslage der Armen

zu verschlechtern, den Existenzkampf zu verschärfen und die industrielle Entwicklung zu hemmen und damit abermals die Arbeitslosigkeit zu vermehren! Das ganze Interesse für den wieder verammelten Reichstag konzentriert sich deshalb auch — abgesehen von den großen Fortfällen in der auswärtigen Politik! — auf die neuen Steuern, darauf, wie die neuen Lasten aussehen werden; die Frage, was zur Milderung des sozialen Elends geschehen soll, wird angesichts dieser Lasten gar nicht erst gestellt — von Sozialpolitik wird gar nicht mehr geredet! Die Sozialpolitik kann nicht besser gekennzeichnet werden als durch diese Lasten. In den nun bald zwei Jahren ihres Bestehens brachte sie uns nur neue grobe Ausgaben für Meer, Marine und die Kolonien, den Reichspalast und — die Verabschiedung der Sozialpolitik.

Nicht eine einzige sozialpolitische Maßnahme, die der Beachtung wert ist, hat der im Januar 1907 gewählte Reichstag bisher zu verzeichnen, von einem größeren Gesetz ganz abgesehen. Zwar hat er es nicht daran fehlen lassen — Resolutionen anzunehmen. Achten Sie sich auf die eigenen gemacht, die von den verschiedensten Parteien gestellt waren und die folgende Forderungen betreffen:

1. Die gesetzliche Regelung des Koalitionsrechts der Berufsvereine und die Errichtung von Arbeitskammern; 2. die gesetzliche Ausgestaltung der gewerblichen Sonntagsruhe; 3. die Regelung der Arbeitszeit in Kontoren; 4. die Regelung der Verhältnisse der Privatbeamten und technischen Angestellten; 5. die Einführung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werkmeister und Techniker; 6. die einheitliche Regelung des Vergütungs, Regelung des Ansparswesens und geheime Wahl der Ansparskassen; 7. die Vorlegung einer Zusammenfassung über den Stand der Ansparsvereine; 8. der Erlass von Vorschriften über den Bauarbeiterlohn und Anhebung von Kontrollen auch aus dem Arbeiterhande; 9. die Verhängung des Schutzes für die Glashüttenarbeiter, wobei das Verbot der Sonntagsarbeit angenommen, das Verbot der Nachtarbeit abgelehnt wurde; 10. eine Erhebung über die Arbeitsverhältnisse in den Walz- und Hüttenwerken und der Erlass von Schutzvorschriften für die in Walz- und Hüttenwerken und Metallbetriebe beschäftigten Arbeiter; 11. die Vorlegung einer Berechnung über die Wirkung der Verrechnung für den Bezug einer Altersrente auf das 65. Lebensjahr; 12. die Einführung der Proportionalwahl für alle Wahlen auf Grund der Arbeiterverhältnisse und Arbeiterverhältnisse; 13. die Regelung des Kurlen- und Kurlenwesens einschließlich Errichtung eines Reichsarchivs; 14. Maßnahmen gegen das Schmiergeldwesen; 15. Regelung der Verhältnisse der Zurechnung der Rechtsanwälte und Notaren, der Anwaltschaften und des Anwaltswesens; 16. die Unfallversicherung für freiwillige Feuer- und Versicherungsvereine; 17. die gesetzliche Abänderung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über Mindestpreise im Handwerk; 18. die Abänderung der Unfallversicherungspflicht auf alle Handelsgeschäfte, soweit sie mit Lagerungs- und Verarbeitungsarbeiten verbunden sind, ohne Rücksicht auf eine Eintragung in das Handelsregister und auf die gesamte Tätigkeit des Gewerbes.

Das ist mehr als ein Mandel — und sie werden den Papierkorb des Herrn v. Bethmann-Hollweg, des Staatssekretärs für das Reichsannt des Innern, gerade füllen! Einen anderen „Erfolg“ haben diese Resolutionen bisher noch nicht gehabt und die Mehrheit des Reichstags hat wohl auch nicht anderes gewünscht. Aber daß sich der Reichstag gestimmt sieht, alle diese Resolutionen, von denen der wesentliche Teil von den Sozialdemokraten eingebracht wurde, andere nur Forderungen enthalten, die seit Jahren die Sozialdemokraten vergeblich erhoben haben, zu beschließen, zu all diesen Fragen Stellung zu nehmen, das zeigt nicht nur von dem großen Bedürfnis nach sozialen Maßnahmen, sondern auch von dem Drängen aller Teile der arbeitenden Bevölkerung auf dem sozialpolitischen Gebiete. Und keine Partei im Reichstags kam es heute mehr wagen, den sozialpolitischen Forderungen offen entgegenzutreten. Deshalb treiben die bürgerlichen Parteien alle eine Sozialpolitik des Scheins, sie führen einen förmlichen Wettlauf auf, ihr sozialpolitisches Herz zu befunden — in Resolutionen, aber nicht in einer ernstlichen Tat, die doch allein dem Volke etwas nützen könnte!

Eine Gelegenheit zur Tat hat und bietet noch die Novelle zur Gewerbeordnung, welche noch in der Kommission steht und sich im wesentlichen auf die Arbeitszeit der Arbeiterinnen und auf die Hausindustrie bezieht. Was die Regierungsvorlage enthält, ist so gut wie nichts. Wenn aber die Reichstagsparteien wirklich die Absicht hätten, eine sozialpolitische Tat zu vollbringen, so könnten sie das tun durch eine gründliche Umgestaltung dieser Vorlage. Was jetzt haben sie von dieser Absicht nichts befunden, und es ist noch sehr fraglich, ob das Wenige Geringe wird, das die Regierung vor schlägt! Denn selbst von freihändlerischer Seite ist gegen die mehr als bescheidenen Maßnahmen in der Hausindustrie Widerspruch erhoben worden und von konservativer Seite hat man sich strikte dagegen gewehrt. Diese Novelle ist aber überhaupt das einzige größere sozialpolitische Gesetz, das dem Reichstags bisher vorgelegt wurde! Der Gegenstand über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen soll zwar, wie kürzlich berichtet wurde, in gänzlich umgearbeiteter Weise dem Reichstags bestimmt vorgelegt werden. Aber sonstige Korporationen der Unternehmer, Handelskammern, Handwerker, die Vereinigungen der Industriellen, Handwerkervereine usw. haben sich gegen derartige Vorkommen in irgendeiner Form ausgesprochen — und die Abgeordneten der Bloß-